

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 141, Oktober 2022 – zugestellt durch post.at

www.kpoe-steiermark.at

Zeitung der **KPÖ** für Judenburg

Landeskrankenhaus: Verschlechterungen dürfen nicht hingenommen werden!

Die Hiobsbotschaften aus dem LKH-Knittelfeld reißen nicht ab. Zuerst haben ÄrztInnen in einem Brief an die KAGes gewarnt, dass die Normalversorgung zusammenbrechen könnte. Eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – könnte unumgänglich werden. Nun wurden 62 der 122 Betten und eine ganze medizinische Abteilung geschlossen.



Die Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser

Judenburg, Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als ‚zukunftsweisendes Projekt‘ verkauft. Nun wurde in Knittelfeld mehr als die Hälfte der Betten gesperrt. Die interne medizinische Abteilung auf der Stolzalpe wurde zuvor schon geschlossen.

Der Knittelfelder Bürgermeister Harald Bergmann hat mit Vertretern der KAGes zu einem „Krisengipfel“ eingeladen (zu dem die KPÖ nicht eingeladen war). Laut Medienberichten soll die internistische Ambulanz weiterhin rund um die Uhr geöffnet sein, mittlerweile wurden aber bereits Ambulanz-PatientInnen in andere Spitäler geschickt. Es werde intensiv nach Personal gesucht. Solche Treffen sollen nun zweimal im Jahr stattfinden.

KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger schlägt vor eine bereits in Knittelfeld beschlossene Resolution, die Standortgarantien für das LKH einfordert, zu unterstützen. Die Lage im Krankenhaus Knittelfeld trifft auch Judenburg und die ganze Region.

Resolution, die bereits in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg beschlossen wurde:

1. Dauerhafter Erhalt der Abteilung innere Medizin inkl. ambulanter Versorgung am LKH Knittelfeld.
2. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um den Personalengpass zu verringern, den akuten Versorgungsengpass zu beseitigen und die Abteilung innere Medizin wieder auf die zuvor vorhandene und auch notwendige Bettenanzahl aufzustocken.
3. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen die zur Schaffung eines besseren Betriebsklimas und somit zu besseren Arbeitsbedingungen für alle MitarbeiterInnen führen.
4. Durchführung einer anonymen, unabhängigen Bedienstetenbefragung. Ziel der Befragung soll sein, ohne arbeitsrechtlichen Druck Missstände zu identifizieren und Lösungsvorschläge/Ideen der Betroffenen zu erhalten.
5. Erarbeitung von Lösungen, die dem LKH und den MitarbeiterInnen eine Zukunftsperspektive geben. Unbedingt in die Überlegungen einfließen sollten neue, zukunfts-trächtige Abteilungen wie zB. eine Geriatrie- oder Demenzabteilung deren Notwendigkeit ständig wächst und die dem LKH Knittelfeld die notwendige Zukunftsperspektive geben können.
6. Einarbeitung des langfristigen Erhalts des LKH Knittelfeld in den neuen steirischen regionalen Strukturplan Gesundheit.

**PREISE RUNTER,
LÖHNE RAUF!**



Fortsetzung ➔

Diese Bettenschließung ist eine sehr gefährliche Entwicklung für Knittelfeld. Es gibt den Gesundheitsplan der ÖVP/SPÖ-Landesregierung und der sieht bis 2035 nur jeweils ein Leitspital in den einzelnen Regionen und weitere Bettenreduzierungen vor. Außerdem gibt es die EU-Vorgaben zur Deckelung der Gesundheitsausgaben, die auch die österreichische Regierung umgesetzt hat. Die Gesundheitsversorgung wurde in

den letzten Jahren bereits massiv ausgedünnt.

**Ärzte- und Personal-
mangel ist**

ein Versagen der Politik

Der Personal- und Ärztemangel ist nun der Vorwand um lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen Jahren. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.

Der vollständige Erhalt des LKH Knittelfeld ist wichtig für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region – von Murau bis St. Lorenzen. Je zentraler die Spitäler desto länger die Anfahrtswege und die Belastungen für die Bevölkerung.

**Aus Corona
nichts gelernt?**

Die Corona Pandemie hat gezeigt wie wichtig jedes einzelne Spitalsbett ist. MedizinerInnen betonen, dass es in Österreich relativ wenige Corona-Tote gegeben hat weil wir im internationalen Vergleich bei den Spitalsbetten noch besser aufgestellt sind. So eine Krise kann jederzeit wieder kommen. Außerdem gibt es in unserer Region zahlreiche Groß-

veranstaltungen bei denen größere Unfälle und Katastrophen jederzeit möglich sind. Dabei wäre es fahrlässig die Bettenanzahl zu reduzieren.

**Resolution mit
Leben erfüllen**

Es ist gut, dass die Resolution einstimmig beschlossen wurde. Nun ist es aber wichtig, dass sie nicht nur ein Stück Papier bleibt. Wir haben vorgeschlagen alle Gemeinden aufzufordern diese Resolution zu beschließen und damit den politischen Druck zu erhöhen. Sollte das Land nicht bereit sein die Forderungen zu erfüllen braucht es einen politischen Kampf über alle Parteigrenzen hinweg für den vollständigen Erhalt des LKH-Knittelfeld.



Woher kommt der Druck im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.

Das ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Bund und Länder haben beschlossen, dass ein „Deckel“ für die Gesundheitsausgaben eingezogen wird um die Ausgaben zu senken. Hinter diesem Vorhaben stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinische Versorgung.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Mit dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben umgesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich

Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung, sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

**Es geht um
Privatisierung**

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es, die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser und Wahlärz-

Innen. Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität. Warnendes Beispiel sind die USA. Dort gibt es das teuerste Gesundheitssystem der Welt, das vorwiegend privatisiert ist und vielen Menschen nur eine völlig unzureichende Versorgung bietet.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden für Krankheiten hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand er-

möglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Nachsatz: In vielen Ländern werden die Militärausgaben erhöht. In Deutschland wurde ein 100 Milliarden Euro Aufrüstungspaket beschlossen. In Österreich wurde ein zehn Milliarden Euro schwerer Rüstungs-Sonderfonds und eine massive Anhebung des Heeresbudget gefordert. Für Dinge die töten sind die Regierungen bereit immer mehr Geld auszugeben. Bei den Gesundheitsausgaben, die dazu dienen Leben zu retten, wurde EU-weit eine Deckelung eingeführt.

KOMMENTAR

Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat in Judenburg



Es braucht hohe Lohnerhöhungen – damit die Menschen nicht zu Bittstellern werden!

Gemeinden, Land und Bund haben einige Maßnahmen gegen die hohe Teuerung gesetzt. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Wesentlich wird sein, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Herbst hoch ausfallen. Die arbeitenden Menschen müssen deutlich mehr im Geldtascherl haben - und natürlich müssen auch die Pensionen entsprechend angehoben werden.

Es muss eine deutliche Prozentsteigerung geben. Die fatale Praxis von Einmalzahlungen ist nur eine kurzfristige Hilfe, und Einmalzahlungen haben vor allem keine Auswirkungen auf die Einkommen der Folgejahre.

Seit Beginn der Achtziger-Jahre sind die Löhne und Gehälter der unselbständig Beschäftigten ständig gesunken. Die Lohnquote, das ist der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen ist kontinuierlich gefallen. Dem gegenüber sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen laufend gestiegen.

In den letzten 20 Jahren ist die Produktivität in Österreich um rund 40 Prozent gestiegen. Die Menschen machen immer mehr an Arbeit und bekommen dafür immer weniger Geld – und die Reichen werden immer reicher.

Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch eigene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt.

Hohe Löhne und Gehälter sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – es geht auch um die Finanzierung unseres Sozialsystems.

Hohe Einkommen bedeuten auch höhere Einzahlungen in die Pensions- und Sozialversicherungskassen und damit werden auch die Pensionen, das Gesundheitswesen, das Kranken- oder das Arbeitslosengeld besser abgesichert. Deshalb ist es auch völlig falsch die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken. Denn diese sind in Wahrheit Bestandteil der Löhne und Gehälter und tragen ebenfalls zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei.

Es braucht Löhne und Gehälter von denen man gut leben kann ohne ständig um Zuschüsse ansuchen zu müssen. Hier geht es um die Würde der Menschen, die nicht zu Bittstellern degradiert werden dürfen.

Höhere Einkommen bringen mehr an Kaufkraft und beleben damit auch die Wirtschaft. Es geht auch um die Absicherung einer sogenannten „Mittelschicht“, die den Löwenanteil an den Steuerzahlungen trägt. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein die arbeitenden Menschen gut zu vertreten. Die Herbstlohnrunder müssen nicht nur die Inflation abdecken, sondern müssen endlich auch zu realen Einkommenssteigerungen führen meint Ihr...

Ihr Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Wahlerfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.

Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Josef Meszlenyi, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at. druck: guttenberghaus Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.



03512 822 40

knittelfeld@kpoe-steiermark.at

KOMMENTAR

TIERECKE:

Sich um das Tierwohl kümmern!

In der Frage Tierschutz ist in erster Linie die Bundesregierung zuständig. Der Landwirtschaftsminister ist im Speziellen zuständig. Was hilft es, wenn er nichts unternimmt, siehe Massentierhaltung.

Agrarkonzerne können den Kragen nicht voll bekommen, wie es den Tieren dabei ergeht, spielt keine Rolle. Der Profit ist wichtiger als alle anderen Werte.

Hervorheben möchte ich LandwirtInnen, die sich um eine artgerechte Tierhaltung kümmern. Tierhaltung ist eine verantwortungsvolle Arbeit - und in vielen Berichten kann man sehen wie glücklich Tiere leben können, wenn es unter den richtigen Bedingungen ist.

Österreich muss sich an die Vorgaben der EU halten und die österreichische Landwirtschaft in gegen Konkurrenz in der EU bestehen. Auch das ist schädlich für die Haltungsbedingungen. Da artgerechte Haltung auch ihren Preis hat.

Wichtig wäre, den Tierschutz stärker in den Unterricht an den Schulen einzubauen. Um den Kindern den Umgang mit Haustieren näher zu bringen und ihnen Achtung vor allen Lebewesen mitzugeben.



Ihre
Christine Erschbaumer,
Gemeinderätin a.D.



Durch Inflation und Krise: Gemeinden brauchen Hilfspaket

Die Krise und die Inflation machen sich in den Budgets der Gemeinden bemerkbar. Insbesondere steigende Energiekosten führen dazu, dass der Schuldenstand der Gemeinde steigt.

Alleine die Stromkosten werden sich deutlich auf das Budget auswirken. Im kommenden Jahr wird es zu weiteren empfindlichen Erhöhungen kommen. Die Stadtgemeinde sollte alle Möglichkeiten nützen um von den Entwicklungen an der Börse zumindest teilweise unabhängiger zu werden und alle möglichen Flächen für Photovoltaik zu nützen.

Die finanziellen Aussichten für die nächsten Jahre sind alles andere als rosig. Die Aufgaben der Gemeinden werden nicht weniger und darüber hinaus ist ihre Handlungsfähigkeit schon jetzt eingeschränkt. Steigende Preise, nicht nur bei der Energie, sowie erhöhte Zinssätze werden das noch verschlechtern.

Dabei muss gerade in der Krise die Gemeinde die Möglichkeit haben zu investieren. Dafür braucht es ein nachhaltiges Hilfspaket.

Während die Wirtschaft immer lauter nach einem Hilfspaket ruft, ist von den Gemeinden viel zu wenig zu hören. Eine Forderung die man in letzter Zeit hört ist die nach einem Energiepreisdeckel für die Gemeinden. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Die Bundesregierung wird den Gemeinden auch nichts schenken, eher im Gegenteil.

Die Gemeinden müssen also in die Offensive gehen und ausreichend Mittel für ihre Aufgaben fordern. Diese dürfen aber nicht aus dem bestehenden Steuertopf kommen und somit die BürgerInnen weiter belasten. Es braucht Steuern auf die Übergewinne die durch die Krise entstanden sind, sowie Steuern auf Millionenerbschaften und Milliardenvermögen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

08.11.2022

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

KPÖ: Keine Preiserhöhung bei Wasser und Kanal!

In Knittelfeld hat der Gemeinderat die Aussetzung der Gebührenerhöhungen für das Jahr 2023 beschlossen. Das ist ein wichtiger Beschluss, um die Menschen nicht zusätzlich zu belasten.

Gebührenerhöhungen

sollten sich nicht wie so oft am Index, sondern an den tatsächlichen Kosten orientieren und auch die soziale Lage muss betrachtet werden. In Zeiten in denen immer mehr Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen können kommen natürlich auch die Gemeinden unter Druck, es kann aber keine Lösung sein diesen Druck an die Menschen weiterzugeben.

Der Beschluss der Gebühren für 2023 steht in Judenburg noch aus. Die KPÖ schlägt vor, angesichts der allgemeinen Preisentwicklung, im nächsten Jahr keine Erhöhung vorzunehmen.



Hohe Energiekosten setzen Gemeinden unter Druck

Auch für die Gemeinden sind die steigenden Energiekosten ein Problem. Im nächsten Jahr wird mit deutlichen Mehrausgaben gerechnet.

Die Bundesregierung ist dringend gefordert, den Gemeinden bei den explodierenden Energiekosten unter die Arme zu greifen. Sonst haben wir sehr bald ein sehr großes Problem. Diese astronomischen Energiepreise kann langfristig keine Gemeinde selbst stemmen.



Die KPÖ regt an so viele Flächen wie möglich durch Photovoltaik zur Stromversorgung der Gemeinden zu nützen. So kann zumindest ein Teil der Mehrkosten verringert werden

Gut die Hälfte des Preisanstiegs bei Energie resultiert aus Spekulation. Zudem orientiert sich der Strompreis in der EU am Preis aus der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken, während ein Großteil des Stroms in Österreich aus Wasser- und Windkraft gewonnen wird. Dieses System gehört dringend umgestellt.

Energiekonzerne verdienen gerade eine goldene Nase. Preistreiberei und Spekulation sind kein Naturgesetz, sondern wurden durch den Privatisierungs- und Liberalisierungswahn der Regierungen ermöglicht. Diese Fehlentwicklungen können auch wieder rückgängig gemacht werden wenn es genügend Druck gibt.

KOMMENTAR

KPÖ
im Landtag



Wer denkt an die Kinder?

Beim wöchentlichen Einkauf müssen viele an ihre finanziellen Grenzen gehen. Alleinerziehende trifft die Teuerung besonders hart. Schon vor der rasanten Inflation war in der Steiermark ein Drittel von ihnen armutsgefährdet. Bis zu 15.000 Familien müssen jeden Cent zweimal umdrehen, um ihren Kindern nur das Nötigste bieten zu können.

Die Landesregierung tut viel zu wenig, um zu helfen. Immerhin weiß man seit Jahren, dass sie massiv von Armut bedroht sind. Über Jahre hat die KPÖ Vorschläge gemacht, um Kinderarmut zu bekämpfen – keinen davon haben ÖVP und SPÖ angenommen. Erst im Jänner hat Soziallandesrätin Kampus meinen Vorschlag abgelehnt, Alleinerzieher:innen gerade jetzt mit einer kleinen Summe zu unterstützen.

Wollen wir in einem Land leben, wo Kinder im Sommer nicht ins Freibad können, weil es zuviel kostet? Wo sie nicht am Schulausflug teilnehmen können, weil das Geld fehlt? Wo Kinder abends hungrig ins Bett gehen müssen? Wenn auf der einen Seite Vermögen von Superreichen in die Höhe schießen und es auf der anderen Seite immer mehr arme Kinder gibt, muss sich etwas ändern. Davon bin ich überzeugt – und dafür werde ich mich weiter einsetzen.

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

Tel.: 0316 – 877-5104

E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at

Sprechstunden:

Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

Trotz Ankündigung: Keine Teuerungsbonus

Zu Sommerbeginn gaben SPÖ-NAbg. Max Lercher und die SPÖ-BürgermeisterInnen Lydia Künstler-Stöckl (Teufenbach-Katsch), Manfred Lenger (Spielberg), Gernot Esser (Pöls) und Harald Bergmann (Knittelfeld) eine Pressekonferenz. Dort wurde angekündigt, dass es in allen elf von der SPÖ geführten Gemeinden im Murtal/Murau ab Herbst einen Gutschein im Wert von mindestens 100 Euro als Teuerungsausgleich geben werde.

Die 100 Euro seien das Mindestmaß - in einigen Gemeinden soll es sogar mehr geben. Anspruchsberechtigt sollen die BezieherInnen von Heizkostenzuschüssen oder Wohnunterstützung sein. Die 100 Euro sollen in Form eines Gutscheins, der im örtlichen Handel eingelöst werden kann, ausgeben werden. Ab Herbst sollen die Gutscheine zur Verfügung stehen und sowohl die Menschen als auch den Handel unterstützen.

Über dieses Vorhaben wurde in den Medien, in der SPÖ-Bezirkszeitung und auf Facebook berichtet. Auf der Facebookseite von Max Lercher ist zu lesen: „Ich bin stolz auf die elf SPÖ-Gemeinden in Murau und Murtal, die einen freiwilligen Teuerungsbonus beschlossen haben“.



Nachdem

in der letzten

Knittelfelder Gemeinderatssitzung Ende September der 100 Euro Teuerungsbonus nicht auf der Tagesordnung zu finden war, fragte KPÖ-GR Josef Meszlenyi nach, ob dieser in der Dezember-Sitzung beschlossen werde. Der Bürgermeister erklärte, es werde in Knittelfeld keinen 100-Euro Gutschein geben, die Gemeinde habe andere Maßnahmen gesetzt.

Wir waren über diese Aussage sehr verwundert und sind hellhörig geworden. In einer Pressekonferenz einen Teuerungsbonus anzukündigen und medial für dieses Vorhaben Werbung zu machen - und es dann nicht umzusetzen ist eine sehr eigenartige Vorgangsweise. Wir hoffen das in Judenburg, dass bei der Pressekonferenz zwar nicht dabei war, aber SPÖ geführt ist, die Ankündigung umgesetzt wird.

Einmalzahlung für PensionistInnen:

Höhe folgt keiner Logik

Nur wer eine Pension in der Höhe von 1200 bis 1800 Euro brutto bezieht hat die volle Einmalzahlung von 500 Euro bekommen.

Darunter und darüber ist die Höhe abgestuft. PensionistInnen die 2.000 Euro Pension bekommen, haben immerhin noch 300 Euro ausbezahlt bekommen. BezieherInnen kleiner Pensionen von 700 Euro allerdings nur 99 Euro.

Gerade Menschen, die unter 1200 Euro Pension bekommen hätten eine Auszahlung in voller Höhe gut gebrauchen können. Sie trifft die Teuerung am härtesten, geht doch ein großer Teil ihrer Pensionen für Fixkosten drauf

Frauen sind am stärksten von niedrigen Pensionen betroffen. Durch ohnehin geringeren Lohn, Teilzeit, Kinderbetreuungszeiten und die Pflege von Angehörigen sind ihre Pensionen im Durchschnitt deutlich niedriger als die von Männern. Hier wäre es dringend notwendig zu helfen, dass man die ärmsten PensionistInnen nun aber bei der Einmalzahlung benachteiligt ist unlogisch.

Einmalzahlungen sind eine kurzfristige Erleichterung, sie sind aber bald verbraucht und darum nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es braucht dringend deutlich höhere Pensionserhöhungen.

Die
Preise
~~steigen.~~
WERDEN
ERHÖHT!

KPÖ

Für ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik!

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der von der KPÖ in aller Deutlichkeit verurteilt wird, wurde von den USA und der EU mit umfangreichen „Sanktionen“ beantwortet. Auch Österreich beteiligt sich daran.

Russland solle laut der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock „ruiniert“ werden. In den Medien liest man von einem Wirtschaftskrieg. Das Bestreben, Russland zu ruinieren führt jedoch zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa und weltweit: Inflation, Lieferkettenunterbrechungen, beschleunigte Verbreitung von Armut, Exportstopps. Die Kosten dafür tragen die Bevölkerungen aller Länder.



Sanktionen beenden den Krieg nicht

Was den Krieg in der Ukraine betrifft, sind die Sanktionen wirkungslos geblieben. Allerdings haben sich die Preise in Europa,

vor allem für Energie und Treibstoff, drastisch erhöht. Gewinner dabei sind die Energiekonzerne, die ihre Profite vervielfachen, während für Millionen Haushalte Heizen zum Luxus werden könnte.

Profitiert wird auch in Ländern wie den USA und den Golfstaaten, zu denen die europäischen Regierungen als Bittsteller kommen, um teures Gas zu kaufen, das durch die Gewinnung über Fracking bzw. den Transport mit Tankschiffen einen deutlichen größeren Klimafußabdruck hat.



Klimaschutz ist kein Thema mehr

Aber das Klima wird in diesem „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland ebenso vergessen, wie die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung: Auch Kohlekraftwerke sollen die Gasausfälle ersetzen.

Währenddessen hat Russland andere Absatzmärkte für seine Produkte gefunden. Länder wie Indien China und die Türkei kaufen günstig russisches Öl und Gas. Damit werden wiederum Produkte produziert, die teuer nach Europa verkauft werden können, wie etwa indischer Diesel. Russland verdient außerdem, durch die von den Sanktionen mitverursachten Preiserhöhungen, deutlich mehr mit seinen Rohstoffen als vor dem Krieg.

Hungerkatas-trophen drohen

Durch die Sanktionen gegen Russland steigen die Preise für Lebensmittel an den Börsen, während in weiten Teilen der Welt eine Hungerkatastrophe droht und zugleich in Europa die Geldbörsen der Menschen immer leerer werden.



Die Menschen zahlen den Preis für einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, der offensichtlich kein Weg zum Frieden ist. Weil Russland „ruiniert“ werden muss, wie es offizielle Stellen verkünden, werden den Menschen mitunter zweifelhafte Tipps zum Sparen gegeben. Mit welchem Ergebnis? Dass Konzerne und Spekulanten ihre Gewinne erhöhen, während der Krieg unvermindert weitergeht.

Das neutrale Österreich sollte sich überhaupt nicht an Wirtschaftskriegen beteiligen, sondern endlich für diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges einsetzen. Davon hat man allerdings schon lange nichts mehr gehört.



In Österreich braucht es Maßnahmen gegen die Teuerung, dazu gehört ein Preisdeckel für Energie und Treibstoff, die Verstaatlichung der Energiekonzerne, die Abschöpfung der Übergewinne durch den Staat, höhere Löhne, **aber auch ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik.**

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Knittelfeld
Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Pflegepetition!



Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut!

Wir fordern von der steirischen Landesregierung Maßnahmen gegen die Pflegekrise.

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld oder KPÖ-Fohnsdorf-Judenburg, Josefiplatz 3a, 8753 Fohnsdorf in unserem Büro vorbeibringen, oder in den Postkasten werfen. Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriften-listen zu. Tel.: 03512/82240